

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: (0228) 9 15 20-12 (Redaktion)
9 15 20-15

Inhalt

Verantwortungslose Tatenlosigkeit wirft den europäischen Finanzministern angesichts des Verfalls des US-Dollars **Prof. Dr. Uwe Jens MdB** vor.

Seite 1

Das Bundesverfassungsgericht hat Bundesregierung und Union zurückgewiesen, während die SPD wesentliche Ziele erreicht hat, stellt der SPD-Vorsitzende **Rudolf Scharping** fest.

Seite 2

Der Schwächeanfall der FDP hat dem Hochschulausbau zu einem Trostpflaster verholfen. Aber: Hochschulpolitik bleibt auf der Tagesordnung, kündigt **Doris Odendahl MdB** an.

Seite 3

49. Jahrgang / 132

13. Juli 1994

Waigel kehrt aus Brüssel nur mit leeren Versprechungen zurück

Zu der EU-Wirtschafts- und Finanzministertagung in Brüssel

Von Prof. Dr. Uwe Jens MdB

Wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Während der Dollar-Sturz anhält, die Unsicherheit auf den europäischen Finanzmärkten bedrohliche Ausmaße erreicht, sich die Finanz- und Wirtschaftsprobleme der EU weiter auf türmen, kommt Waigel wieder nur mit leeren Absichtserklärungen aus Brüssel zurück.

Die Europäische Union kann nicht tatenlos dem freien Fall des Dollars zusehen, wenn die europäische Wirtschaft auf den internationalen Märkten nicht ihre Wettbewerbsfähigkeit einbüßen will, die sie gerade nach schmerzhaften Strukturanpassungen unter verantwortungsbewußter Mitwirkung der Gewerkschaften mühevoll wiederhergestellt hatte. Ein Beschäftigungsaufschwung droht schon im Ansatz an der verantwortungslosen Tatenlosigkeit der europäischen Finanzminister zu ersticken.

Auch bei der notwendigen Harmonisierung der Zinsbesteuerung ist keinerlei Fortschritt erzielt worden. Weiter gehen dem deutschen Fiskus durch Steuerflucht unverzichtbare Steuermilliarden verloren, die Waigel für die notwendige Haushaltssanierung ab 1995 braucht.

Die versprochene Reduzierung des deutschen EU-Beitrages, dessen Überprüfung 1996 ansteht, scheint Waigel verdrängt zu haben. Der deutsche Brutto- und Nettobeitrag zur EU nimmt weiter dramatisch zu. Der Nettobeitrag hat sich von 13,4 Milliarden DM in 1989 auf 25,1 Milliarden DM in nur fünf Jahren fast verdoppelt. Eine Überprüfung der EU-Beiträge muß jetzt eingeleitet werden, damit ab 1997 eine Anpassung erfolgen kann.

Bei den wirtschaftspolitischen Leitlinien ist die vorrangig notwendige Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit ganz offenbar ausgeklammert worden. Die SPD teilt die Kritik des norwegischen Finanzministers, wenn er feststellt, "Europa darf nicht zu dem Schluß kommen, daß eine Verminderung von Löhnen und der Abbau sozialer Rechte die Investitionen und die Beschäftigung fördern werden".

Verlag, Redaktion und Druck:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn
Postfach 19 01 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Verbinden Sie unsere
mit wertvoller Rohstoffe
recycling-Paper



Die Wirtschafts- und Finanzminister der EU müssen die Beschleunigung von öffentlichen und privaten Investitionen endlich in den Mittelpunkt der Politik stellen. Die im Weißbuch der EU vorgesehenen Infrastrukturinvestitionen in transnationale Netze müssen schleunigst umgesetzt werden, wobei ökonomische Effizienz vor regionalpolitischen Motiven den Ausschlag über die Projekte geben sollte. Eine Sondertagung der europäischen Finanzminister gemeinsam mit den Notenbankpräsidenten sollte über Maßnahmen zur Stabilisierung der internationalen Wechselkurse beraten.

Hierzu erwarten 18 Millionen Arbeitslose Anstöße von der deutschen Ratspräsidentschaft in der Europäischen Union.

(-/13. Juli 1994/hgs/fr)

**Die SPD hat wesentliche Ziele erreicht
Bundeverfassungsgericht hat Bundesregierung und Union klar zurückgewiesen**

**Von Rudolf Scharping
Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands**

1. Das Karlsruher Urteil hat das rechtliche Zwielflicht beseitigt, das in der Frage der Bundeswehrein-sätze entstanden war. Es ist jetzt klar, in welchem rechtlichen Rahmen sich die Politik zu bewe-gen hat. Davon wird eine befriedende Wirkung für die außen- und sicherheitspolitische Diskus-sion in Deutschland ausgehen. Vor allem aber ist die rechtliche Klärung wichtig für die Soldaten, die einen Anspruch darauf haben, daß sich ihr Dienst nicht in einer verfassungsrechtlichen Grauzone vollzieht.
2. Das Gericht hat die Auffassung der Bundesregierung und der Unionsparteien klar und eindeutig zurückgewiesen, wonach die Bundesregierung internationale Einsätze der Bundeswehr in eige-ner Verantwortung anordnen könne. Die von CDU/CSU und Regierung gewünschte Politik der freien Hand ist widerlegt. An den Entscheidungen muß das Parlament beteiligt werden. Das ist ein großer Gewinn für die Demokratie in unserem Land.
3. Es ist jetzt geklärt, daß internationale Bundeswehrein-sätze unter der Verantwortung der Vereinten Nationen möglich sind. Davon unberührt bleibt die politische Entscheidung in jedem Einzel-fall. Es bedarf vor jedem Bundeswehrein-satz einer politischen Entscheidung über die Beteiligung an einer UNO-Aktion und über deren Umfang und Dauer. Für die SPD gilt bei diesen Ent-scheidungen ein klarer Maßstab: Zustimmung ist möglich, wenn es sich um eine friedenserhal-tende Maßnahme handelt. Das schließt Blockaden und deren militärische Durchsetzung ein.
4. Soweit die NATO von dem Urteil betroffen ist, gilt für die SPD, daß sie an einer Stärkung der NATO auf der Grundlage der bestehenden Verträge interessiert ist.
5. Das Einsatzspektrum der Bundeswehr ist jetzt klar definiert. Sie dient der Landesverteidigung, der Erfüllung von Bündnisverpflichtungen und der Unterstützung von Maßnahmen der Vereinten Nationen. Der Einsatz im Inneren bleibt unverändert und strikt eingeschränkt. Er ist nur zulässig bei Unglücks-, Katastrophen- und innerstaatlichen Notstands-fällen.
6. Die Auseinandersetzung über die außen- und sicherheitspolitische Orientierung unseres Landes wird die SPD jetzt - befreit vom verfassungsrechtlichen Streit - weiterführen. Das gewachsene deutsche Gewicht sollte für eine Sicherheitsordnung in Europa eingesetzt werden, in der große wie kleine Staaten Sicherheit finden. Wir wollen keine neuen Grenzen zwischen Ost und West.

7. Die wesentlichen weiterreichenden Vorstellungen der Bundesregierung und der CDU/CSU zu Bundeswehreinsätzen sind vom Verfassungsgericht abgewiesen worden. Weder kann sich die Bundeswehr an Aktionen von NATO und WEU, die nicht Bündnisverteidigung sind und nicht von der UNO beschlossen sind, beteiligen, noch kann sie nach dem Grundsatz internationaler Nothilfe eingesetzt werden. Da bei Bundeswehreinsätzen im UNO-Rahmen ausdrücklich das Kommando der Vereinten Nationen gefordert ist, scheidet auch die Beteiligung an Kriegen wie dem Golfkrieg aus.
8. Damit hat die SPD wesentliche politische Ziele erreicht, die sie mit ihrer Verfassungsklage erreichen wollte.

(-/13. Juli 1994/hgs/fr)

Hochschulförderung bleibt auf der Tagesordnung **Schwächeanfall der FDP bei Wahlen hilft den Hochschulen ein bißchen**

Von Doris Odendahl MdB
Bildungspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion

Ich beglückwünsche den Bundesbildungsminister zu diesem Teilerfolg. Er ist in das Chefgespräch mit der Forderung nach 2,0 Milliarden DM gegangen; diese Summe entspricht auch den Mindestforderungen der SPD. Ein Aufwuchs um 120 Millionen DM beim Bund, der 50 Prozent der Investitionen für den Hochschulaus- und -neubau trägt, ist daher enttäuschend. Der Wissenschaftsrat hält inzwischen 2,3 Milliarden DM für dringend notwendig, ebenso die Hochschulrektorenkonferenz. Auch die Wissenschaftsministerien der Länder werden den Mitte Juli zu beschließenden 25. Rahmenplan auf der Basis 3,6 statt 4,0 Milliarden DM immer noch für einen "Rumpfrahmenplan" ansehen.

Auch lassen die Motive der an diesem Teilerfolg Beteiligten einen schalen Beigeschmack zurück: Nach dem Wahlsieg der SPD bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt und den verheerenden Wahlniederlagen der FDP in der letzten Zeit hat der Bundeskanzler nun ein Einsehen gehabt und dem kleineren Koalitionspartner zugesagt, daß er ihm endlich etwas mehr Profil gestatten will.

Für die Hochschulen ist dieser Versuch, die Koalition über den 16. Oktober hinüberzuretten, immerhin ein Lichtblick nach drei Jahren Handlungsunfähigkeit des Bundesbildungsministers. Vor einem endgültigen Urteil muß auch erst der Kabinettsbeschluß zum gesamten Einzelplan des BMBW am 15.7. abgewartet werden, weil noch nicht bekannt ist, mit welchen Einsparungen bei anderen Titeln der Aufwuchs beim Hochschulbau möglicherweise erkaufte worden ist. Die Länder können jedenfalls einige Vorhaben zusätzlich anmelden, nach einer dreijährigen "Durststrecke" aber wenig genug. Ein Teil der zusätzlichen Hochschulbaumittel wird von den steigenden Baukosten aufgeessen. Bei zusätzlichen Vorhaben müssen vom Planungsausschuß klare Prioritäten gesetzt werden:

- Nachweisliche Erhöhung der Studienkapazitäten, das heißt neue Vorhaben sind vor allem in überlasteten Fächern und Hochschulen zu realisieren.
- Soweit Großgeräte angeschafft werden sollen, muß ihre effektive Auslastung gewährleistet und nachgewiesen werden, daß diese auch der Verbesserung der Lehre dienen.
- Neue Vorhaben in den neuen Ländern müssen vor allem dort realisiert werden, wo die Studienbedingungen bisher verglichen mit den Hochschulen in den alten Ländern nicht zumutbar sind.
- Dem weiteren Fachhochschulausbau ist Priorität einzuräumen.

Ich sehe auch keinen Grund, nunmehr vor allem Lieblingsprojekte der bayerischen Landesregierung mit Vorrang zu bedienen. Dies betrifft den "Forschungsreaktor" Garching II.

Für den Bundestagswahlkampf bedeutet dieser Befreiungsschlag im übrigen nicht, daß die Hochschulpolitik kein zentrales Thema mehr ist: Gleichzeitig mit der Entscheidung für mehr Bundesmittel für den Hochschulbau lehnt die Bundesregierung weiterhin die überfällige Erhöhung der BAFöG-Bedarfssätze um sechs Prozent zum Herbst 1994 und die Berücksichtigung erhöhten Wohnbedarfs für Studierende in den neuen Ländern ab. Sie hält auch am weiteren Leistungsnachweis nach dem zweiten Fachsemester fest, worüber die Länder - innerhalb eines vom Hochschulrahmengesetz gesetzten Rahmens - allein entscheiden müßten.

Der Bundesrat besteht mit breiter Mehrheit, also auch CDU-geführter Länder, auf Annufung des Vermittlungsausschusses zur 17. BAFöG-Novelle. Der Vorwurf von Bundesbildungsminister Prof. Laermann, die SPD würde den Bundesrat parteipolitisch mißbrauchen, ist also völlig haltlos. - Die hochschulpolitische Auseinandersetzung geht daher weiter:

- Die SPD fordert, zunächst die materiellen Studienbedingungen für die Studierenden zu verbessern, statt nur in Beton zu investieren und mit Zwangsmaßnahmen und bürokratischen Schikanen gegen angebliche Bummelstudenten vorzugehen. Wir fordern, daß die Studien- und Prüfungsordnungen so reformiert und die Betreuung der Studenten so verbessert werden, daß die "Überlast" abgebaut und ein berufsfähigendes Studium in kürzerer Zeit als bisher tatsächlich möglich wird.
- Die SPD fordert, die Reform der Studieninhalte zum Ausgangspunkt für Maßnahmen zur Verkürzung der Studienzeiten zu machen, statt mit einer Zerteilung des Studiums und Begrenzung der Förderungshöchstdauer für BAFöG-EmpfängerInnen solche Studierende zu gängeln, die neben dem Studium erwerbstätig sein müssen, Kinder großziehen oder wegen einer Behinderung mehr Studienzzeit benötigen.
- Die SPD fordert einen langfristig angelegten Hochschulentwicklungsplan, statt sich auf irgendwelchen "Bildungsgipfeln" mit dem Bundeskanzler über Einzelfragen zu streiten, die die Probleme der Hochschulen nicht lösen. Wir fordern, daß die Studienkapazitäten von gegenwärtig rund 950.000 Studienplätzen auf 1,2 Millionen erweitert werden.
- Die SPD fordert, daß die Hochschulen Stätten des gesellschaftlichen Dialogs über alle wichtigen Probleme bleiben und daß sie - durch Stärkung der Grundlagenforschung, der angewandten Forschung und des Technologietransfers - wieder einen wichtigen Beitrag zur Innovation und Reform in allen Lebensbereichen leisten.
- Die SPD fordert mehr Effizienz und Transparenz des Mitteleinsatzes und mehr Mitwirkung und Mitbestimmung für alle Gruppen an den Hochschulen. Wir werden einen von Regierungen unabhängigen Bildungsrat schaffen.

120 Millionen DM mehr Hochschulbaumittel sind ein großer Schritt für diese Bundesregierung, aber ein kleiner für die Hochschulen. Den heute Studierenden - über 1,8 Millionen auf 950.000 Studienplätzen - bringt dies keine spürbare Entlastung, denn bis neue Hörsäle eingeweiht sind, werden viele von ihnen ihr Studium bei unzureichenden Studienbedingungen schon beendet haben.

(-13. Juli 1994/hgs/fr)
